



Sarajevo im Bürgerkrieg Eine Zivilistin passiert den Schießstand einer Bürgermiliz. Die Gewalt gegen Frauen ist seit Beginn des Krieges im ehemaligen Jugoslawien dramatisch angestiegen. Foto: Gobet/dpa

**E**ndlich machen wir uns auf den Weg. Die Nachrichten über die Menschenrechtsverletzungen und vor allem die ungeheuerlichen Massengewalttätigkeiten von Frauen und Kindern in den serbischen Lagern in Bosnien haben zahlreiche Frauengruppen und verbände wachgerüttelt. Briefe wurden geschrieben, wir haben Klagegottesdienste gefeiert, Politikerinnen aller Parteien haben eine Anhörung im Bundestag organisiert, und die beiden Großkirchen haben öffentlich ihr Entsetzen und ihre Forderungen nach Öffnung der Grenzen für die Flüchtlinge zum Ausdruck gebracht. Das ist gut und notwendig. Eine Richtigstellung ist allerdings zu Beginn gegenüber den Informationen notwendig, die uns hier bisher erreichten: Es handelt sich um Verbrechen, die im Krieg zwischen den Völkern des ehemaligen Jugoslawien leider auf allen Seiten vorkommen: auf serbischer und auf kroatischer, sehr viel weniger auf muslimischer Seite – und jede Seite leugnet es von sich.

Elisabeth Raiser

## Vergewaltigungen als Kriegsstrategie

Unter dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien haben Frauen aller Konfliktparteien am meisten zu leiden. Ein Reisebericht.

Das wurde uns auf einem Teambesuch in Belgrad deutlich, an dem ich im Namen des Ökumenischen Forums Christlicher Frauen in Europa vom 7. bis 11. Dezember teilnahm. Unser Ziel war es, genauere Informationen zu sammeln und vor allem den vor Ort arbeitenden Menschenrechts-, Friedens- und Frauengruppen Unterstützung zu bringen. Eine parallele Gruppe fuhr nach Zagreb. Bei beiden Reisen, die aufgrund einer Initiative von Schweizer Frauen zustandekamen, war eine grundlegende Idee, innerhalb der Gruppe verschiedene Ebenen vertreten zu haben: Die Mehrzahl waren „Basisfrauen“, die in ihren jeweiligen kirchlichen oder säkularen Gemeinden aktiv sind; dazu kamen Politikerinnen, Vertreterinnen des Roten Kreuzes, des Evangelischen Kirchenbundes der Schweiz und des Ökumenischen Frauenforums. Dadurch waren die Kontakte auf verschiedenen Ebenen in Belgrad selbst relativ einfach herzustellen. Wir trafen vor Ort mit Basisgruppen, Politikern und diplomatischen Vertretern der Schweiz und Deutschlands, der gerade tagenden Bischofssynode der serbisch-orthodoxen Kirche, Ärzten und Vertretern des Roten Kreuzes zusammen. Wir konnten ein Flüchtlingslager, Krankenhäuser und Kinderheime besuchen.

### **Ethnische „Säuberungen“ durch wechselnde Allianzen**

Insgesamt ist die politische Lage in Belgrad düster und komplex. Die serbische Regierung mit Slobodan Milosevic an der Spitze ist eindeutig faschistisch in ihren Zielen und Methoden; sie schürt den Krieg in Bosnien und betreibt systematisch die „ethnischen Säuberungen“. Die ebenfalls in Belgrad amtierende Bundesregierung von Restjugoslawien verfolgt zwar ebenfalls nationale Ziele, ist aber insgesamt sehr viel gemäßigter und möchte den Krieg so rasch wie möglich beenden. Die Macht liegt allerdings nicht bei ihr, sondern bei der Regierung der Republik Serbien. Deshalb kandidierte der Präsident Restjugoslawiens Milan Panic in der serbischen Wahl am 20. Dezember gegen Milosevic. Nach dessen Wahlniederlage könnte Milosevic seine eigenen Getreuen mobilisieren und den Bürgerkrieg innerhalb der Republik Serbien riskieren. Schließlich sitzt ebenfalls in Belgrad der Führer der bosnischen Serben Koradzic, den alle unsere Gesprächspartner als nationalistischen Verbrecher bezeichnen.

Das Wirtschaftsembargo trifft in erster Linie die Bundesrepublik Restjugoslawien – jedoch nicht oder nur indirekt die bosnischen Serben, die den Krieg aktiv und in seiner bekannten Grausamkeit führen. Bosnien unterliegt einzig einem Waffenembargo, das ständig und erfolgreich durchbrochen und über dessen Aufhebung zur Zeit im Rahmen der UNO verhandelt wird, um den bosnischen Muslimen die Selbstverteidigung zu ermöglichen.

Alle politischen, ebenso wie die Mehrzahl der kirchlichen Führer in Serbien fühlen sich als Bollwerk gegen den Islam, den es unter allen Umständen zurückzudrängen gilt. Das sind Ängste, die sich aus den Erfahrungen der islamischen Herrschaft im Mittelalter und in früher Neuzeit herleiten, jedoch heute unberechtigt sind. Die Muslime in Bosnien sind seit langem integriert, teilweise westlich orientiert und ohne jeden Anspruch auf Ausdehnung ihres Einfluszbereichs. Das jüngste Erwachen eines nach Autonomie in einem eigenen Staat strebenden islamischen Nationalismus ist offenbar die Folge des ständig propagierten Feindbildes seitens der Serben. Es lohnt sich, die „Islamische Erklärung“ des Muslimführers Izerbegovic zu lesen, deren Ziel nicht ein fundamentalistischer islamischer Staat, sondern eine islamische Demokratie ist.

Der Krieg in Bosnien wird mit unglaublicher Grausamkeit geführt. Erklärtes Ziel der hauptverantwortlichen Serbenführer ist die ethnische Säuberung des gesamten Territoriums und die Errichtung eines rein serbischen Staates. Es gibt zwar auch fanatische Mudschahedin, die serbische Dörfer in Bosnien mit ähnlicher Grausamkeit überfallen, wie umgekehrt die Serben (und Kroaten!) muslimische Dörfer. Laut IZor Stojanovic von der Menschenrechtsgruppe „Humanitarian Law Fund“, selbst ein Serbe, belegen

jedoch ihre Untersuchungen, daß die serbischen Übergriffe ungleich viel zahlreicher sind (was mit der Tatsache zusammenhängt, daß 80 % des Landes in Bosnien von Serben bewohnt wird). Serben und Kroaten tun sich in Bosnien offenbar oft zusammen, um gemeinsam die Muslime zu überfallen, die Männer zu töten oder in Lager fortzuschleppen und die Frauen zu vergewaltigen. Der Bürgerkrieg mit seiner furchtbaren Ideologie und Proxis der „ethnischen Säuberungen“ hat einen tödlichen Haß zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen entfacht, der die Kette der Gewalt nicht abreißen läßt. Die Kriegspropaganda auf allen Seiten spricht jeweils nur von den Grausamkeiten der Gegenseite. Die Gewalttaten werden nicht nur begangen, sondern instrumentalisiert zur Aufrechterhaltung und Dämonisierung des Feindbildes und damit zur Rechtfertigung der eigenen Kriegshandlungen.

Eine Ausnahme bildet die traditionell multikulturelle und multireligiöse Stadt Sarajewo, wo die Zusammenarbeit zwischen Serben, Kroaten und Muslimen immer noch gut zu sein scheint. Aber auch hier haben die serbischen Angreifer versucht, die Kontakte zwischen den ethnischen Gruppen unmöglich zu machen, indem sie bei der Bombardierung als erstes die Kommunikationssysteme zerstörten. Das unvorstellbare Elend dieser Stadt wird aber von allen geteilt, und alle scheinen bisher solidarisch untereinander zu sein. Der Abzug der muslimischen Bevölkerung durch einen zu schaffenden Korridor würde, so menschlich notwendig er ist, um den Krieg zu beenden, der serbischen ethnischen Säuberungspolitik letztlich den Erfolg sichern. Ein politisch aussichtsloses Dilemma.

## Kriegsgewalt gegen Frauen

In einem solchen Dilemma befinden sich ausnahmslos alle politisch engagierten Frauen in Serbien. Politisch wählen können sie nur zwischen zwei Übeln, und sie wählen das, das wenigstens den Frieden zu bringen verspricht, wenn auch auf chauvinistische Weise. Denn alle Parteien sind männlich dominiert, und die Logik des Krieges hat nach Aussagen der „Frauen in Schwarz“, der Frauen des SOS-Notrufes und der „Frauen-Lobby“ zu einer erschreckenden Degradierung der Würde und der Selbstbestimmung der Frauen geführt. Einerseits werden sie in der offiziellen Ideologie als Gebärerinnen der Söhne des Vaterlandes, die die gefallenen tapferen Soldaten ersetzen sollen, auf ihre reproduktive Rolle funktionalisiert. Stasa Zajavic vom SOS-Notruf und der Friedensbewegung zitierte verschiedene Politiker mit Äußerungen wie: „Für jeden Soldaten, der im Krieg fällt, müssen die serbischen Frauen 100 mehr Söhnen das Leben schenken. „Ihr Friedenswille wird systematisch lächerlich gemacht, die Männer werden öffentlich aufgefordert, sich von keiner Frau am Kriegführen hindern zu lassen. (s. Peace News, März 1992)

Die Gewalt gegen die eigenen Frauen ist seit Beginn des Krieges in erschreckender Weise angestiegen. Die Frauen vom SOS-Notruf, Lepa Mladjenovic und Vera Liticin berichten, daß seit Ausbruch des Kriegs die Todesdrohungen gegen Frauen und die mit Waffen erzwungenen Vergewaltigungen auch in der Familie um fast 30 % zugenommen haben. Nach Sendungen im Fernsehen mit nationalistischen Parolen steigt jeweils die Gewalt gegen Frauen unmittelbar an. Die Gewalt in interreligiösen Ehen hat erschreckend zugenommen.

Nach der Logik des Krieges waren Frauen schon immer Objekte, und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien bestätigt es auf schreckliche Weise. Die Frauen der Feinde sind Objekte der gezielten Aggression. Sie werden vergewaltigt, um damit ihre Würde zu zerstören und den männlichen Feind zu demütigen. Bei jeder sogenannten „Befreiung“ eines Dorfes oder einer Stadt werden das Territorium, die Häuser und die Frauen eingenommen, die Häuser zerstört, die Männer verschleppt oder getötet und die Frauen vergewaltigt. Dabei handelt es sich offenbar oft um eine Art Feuerprobe,

in der die Soldaten ihre Loyalität gegenüber der eigenen Gruppe unter Beweis stellen müssen.

### **Vergewaltigungen als Kriegsstrategie**

Die Existenz von regelrechten Vergewaltigungslagern, von denen wir hier in Deutschland aus Berichten von betroffenen und entkommenen muslimischen Frauen in Zagreb gehört haben, konnten unsere serbischen Gesprächspartnerinnen nicht definitiv bestätigen, aber sie wollten sie auch nicht leugnen. Von den Berichten des Sonderbeauftragten der UNO für Menschenrechtsverletzungen in Ex-Jugoslawien, Masowjetzki, der systematische Vergewaltigungen für zwar nicht bewiesen, aber den Indizien nach für wahrscheinlich hält, wußten die Gruppen bisher nichts. Ihrer Ansicht nach bewiesen sind jedoch „mobile Bordelle“, das heißt, in verschiedenen Kriegsgebieten Bosniens sind „Jäger“ unterwegs, die Frauen aufgreifen und verschleppen. Im Juni 1992 hat offenbar ein Mitglied der „Grünen Barette“ einer muslimischen Einheit im Fernsehen erzählt, daß er jedesmal 100 DM erhält, wenn er einen Bus voller Frauen zur erzwungenen Prostitution führt: „Wenn ich nicht genug Serbinnen zusammenbekam, dann habe ich den Bus mit Musliminnen und Kroatinnen aufgefüllt.“ Bei verschiedenen Gelegenheiten haben serbische und kroatische Truppen gemeinsam gegen muslimische Frauen gewütet, die sie gefangen hatten; es gibt dafür etliche Zeugenaussagen der beteiligten Soldaten (z. B. in DUGA, einer nationalstischen Zeitschrift in Belgrad vom 26. 9. 1992, zitiert in einem Aufsatz von Stasa Zajavic, der mir vorliegt).

Häufig bringen die Vergewaltigten ihre Opfer nach der Tat um, auch dafür gibt es Zeugenaussagen aus diesem Krieg, und nur manchmal ist Reue aus den Aussagen herauszuhören.

Meist jedoch werden die Vergewaltigungen wie die anderen Menschenrechtsverletzungen allein dem Feind angelastet und als Kriegspropaganda benutzt. Die nationalistische Propaganda, vor allem in Serbien und Kroatien, sieht darin eine „Strategie zur Vernichtung des eigenen Volkes“. Das Leiden der Frauen ist dabei nie im Blick; keine der unseren Gesprächspartnerinnen bekannt gewordenen Äußerungen dient der Verteidigung und Wiederherstellung der Würde und Integrität der Frauen, denen Gewalt angetan wurde. Sie sind keine Heldeninnen wie die Männer, die im Kampf sterben, oder auch die wenigen Frauen, die sich dem Kampf verschrieben haben. Wenn ihr Leiden schon nicht als Kriegspropaganda gegen den Feind instrumentalisiert wird, werden sie als Opfer dargestellt, sie werden als die „Ärmsten“ bezeichnet, die man bedauern muß, aber deren Verletzung oder Tötung nicht zur Verfolgung des Täters führt.

Nach Stasa Zajavic wurde die öffentliche Meinung auch in Serbien aufgeschreckt durch die Informationen, daß die meisten vergewaltigten Frauen in einem fortgeschrittenen Stadium schwanger waren, als sie entlassen wurden, wodurch eine moralische Diskussion um die Frage entstand, ob diese Frauen abtreiben dürften, damit sie nicht „den Samen des Feindes in ihrem Leib tragen“ müßten. Die Lage der Frau selbst war nicht im Blick. Nur die Frage, welche Nationalität der Fötus hatte!

### **Forderungen der Friedensfrauen**

Vergewaltigung als Kriegsstrategie – diese totale Entwürdigung der Frau kommt in fast jedem Krieg vor. Aber vielleicht noch nie zuvor wurde diese Tatsache während des Krieges selbst so deutlich von den Frauen aller kriegführenden Parteien zum Ausdruck gebracht und angeprangert. Weil es heute geschieht – täglich und überall im Kriegsgebiet, geht ein Protestgeschrei durch ganz Europa. Die politischen Forderungen an die internationale Staatengemeinschaft, Vergewaltigungen in der Genfer Konvention als Kriegsverbrechen anzuerkennen und in vom Krieg betroffenen und angrenzenden Ländern, wohin die Frauen fliehen können, Anlaufstellen und Häuser

mit geschulter Betreuung für betroffene Frauen zu schaffen, wurden zunächst von SOS- und Friedensfrauen aus Zagreb (Zenska pomoc sada, AZKD) formuliert, denen sich bei einem internationalen Treffen am 17. Oktober in Prag Frauen aus Belgrad (SOS, Zene u crnom = Frauen in Schwarz, Beogradski zenski lobby), aus Ljubljana (SOS, Zenske proti vojini) und aus Pristina (Frauensektion der Demokratischen Liga Kosovo) anschlossen. Inzwischen ist dies auch zu einem Ruf der Frauenverbände und Friedensgruppen bei uns, in der Schweiz und in Österreich geworden. Wir müssen versuchen, dies in ganz Europa zu verbreiten und u. a. über das Ökumenische Frauenforum sowie den Ökumenischen Rat der Kirchen zu einer Forderung der Frauenverbände aller Staaten zu machen.

„Die Logik des Krieges durchbrechen und zu einer Logik des Friedens finden“: Das ist die Hauptbotschaft, die uns die Vertreterinnen der demokratischen, oppositionellen Friedens-, Menschenrechts- und Frauengruppen vermitteln. Sie kämpfen selbst dafür, und sie brauchen unsere Solidarität und aktive Unterstützung. Diese Logik und Praxis des Friedens inmitten des Krieges hat viele Facetten.

### „Frauen in Schwarz“

Da sind zunächst die „Frauen in Schwarz“. Sie standen zum erstenmal am 9. Oktober 1991 auf den Belgrader Straßen, um gegen den Krieg gegen Kroatien zu protestieren. Seither halten sie jeden Mittwoch in schwarzer Kleidung eine Mahnwache vor dem Studentenzentrum inmitten der Stadt gegen den Krieg in Bosnien. Es ist eine kleine Gruppe von etwa 20 bis 30 Frauen; aber ihre Botschaft und ihre Wirkung sind sehr wichtig. Durch ihre sichtbare, stumme Gegenwart in der Stadt möchten sie einstehen für den Friedenswillen so vieler Frauen und ein Zeichen setzen gegen die Instrumentalisierung der Frauen im Krieg und im Gedenken an ihre leidvolle Rolle als Flüchtlinge, als Mütter, Schwestern, Freundinnen und Töchter der gefallenen Soldaten, als diejenigen, die die Wunden heilen, die sie nie reißen wollten; als Opfer von Gewalt und Vergewaltigung. Sie haben es nicht leicht. Oft werden sie verlacht, angegriffen, beschimpft – aber sie bleiben stehen. Wir waren selbst Zeuginnen bei einer Demonstration am Tag der Menschenrechte, an der wir teilnahmen, als die Polizei den Zug durch die Innenstadt verhindern wollte: Vergeblich – die Serbinnen setzten es ruhig und beharrlich durch, daß der Zug stattfinden konnte, indem sie ihre Gewaltlosigkeit deutlich machten. Dabei fanden viele intensive Gespräche mit Passanten statt, die sich dem Zug anschlossen.

Die „Frauen in Schwarz“ sind Teil der internationalen Frauen-Friedensbewegung und haben es aufgrund der Vermittlung und Einladung der italienischen „Frauen in Schwarz“ geschafft, sich mit ihren Schwestergruppen aus Kroatien, Slowenien und dem Kosovo auf „neutralem“ Boden zu treffen und gemeinsam zu planen. Ein Ergebnis ist die oben erwähnte Erklärung von Prag. Diese Kontakte sind lebenswichtig. Sie bestärken die Frauen in ihrem Engagement, sie lassen sie spüren, daß eine noch so nationalstische Politik sie nicht von den Friedenskräften der anderen Länder trennen kann, und daß es möglich ist, gemeinsam den Haß zu durchbrechen und damit am Frieden zu bauen. Ebenso unzweideutig nichtnationalistisch ist die „Frauen-Lobby“, die seit ihrem Bestehen politisch für die Stärkung der demokratischen Kräfte und gegen das Regime arbeitet. Dagegen mußte die „Frauen-Partei“ ihre Arbeit auf Eis legen, da die internen Konflikte wegen der unterschiedlichen Einstellung in der nationalen Frage zu groß und heftig wurden. Etliche aktive Mitglieder dieser Partei sind mittlerweile bei den „Frauen in Schwarz“ oder beim „SOS-Notruf“ aktiv.

Die „Frauen in Schwarz“ bemühen sich außerdem sehr um die Flüchtlinge, die in Lagern und Heimen in Belgrad aufgenommen wurden. Es sollen laut Angaben des Serbischen Roten Kreuzes rund 500 000 Flüchtlinge, meist Serben aus Kroatien oder Bosnien, in Serbien leben. Auch in dieser Arbeit bitten sie dringend um Unterstützung.

---

## „Notruf“ ohne Nationalismus

Der SOS-Notruf für Frauen und Kinder, die Opfer von Gewalt sind, besteht seit 1987. Hier arbeiten täglich 30 Frauen und über 100 Frauen ein bis zweimal pro Woche. Sie beraten Frauen und Kinder, aber sie können ihnen außer einem Gespräch meist keine direkte Hilfe anbieten, denn sie haben selbst bisher keine eigenen Räume und Aufnahmemöglichkeiten. Seit dem Ausbruch des Krieges hat sich ihre Arbeit verdoppelt und sie suchen intensiv nach Raum. Wir hoffen, daß durch die Vermittlung des Vertreters des Internationalen Roten Kreuzes in Belgrad, zu dem wir den Kontakt herstellen konnten, nun eine Wohnung mit drei Zimmern gemietet werden kann.

Bei den SOS-Frauen gab es seit dem Ausbruch des Krieges mancherlei Konflikte, die mit ihrer unterschiedlichen Stellung zum Krieg zusammenhängen. Sie haben offenbar sehr viel Kraft und Zeit investiert, mit diesem Problem fertig zu werden, und die nichtnationalistische Richtung hat sich schließlich insgesamt durchgesetzt. Einige Freiwillige haben daraufhin die Organisation verlassen. Nationalistische Gefühle haben auch die alte Verbindung zu den SOS-Frauen in Zagreb empfindlich gestört. Dennoch bemühen sie sich um die Wiederherstellung der Verbindung, und das Prager Treffen war ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Mit großer Wärme haben sie uns empfangen und nach drei Tagen in der Hoffnung entlassen, daß wir wiederkommen und ihre Arbeit unterstützen. Frauen-Brücken nach Serbien. Wir müssen sie bauen!

Das gilt schließlich auch für die letzte Organisation, die wir kennengelernt haben: Die Stiftung für Humanitäres Recht („Humanitarian Law Fund“), in der eine kleine Gruppe von Intellektuellen zusammenarbeitet. Sie haben enge Kontakte zu Helsinki Watch und entsprechende Ziele, z. B. die möglichst genaue Aufklärung und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen auch durch die verantwortlichen Politiker, den Einsatz für die Anwendung international anerkannter Rechtsgrundsätze in Restjugoslawien; die Aufklärung von Fehlinformationen der Bevölkerung durch die Medien im Dienst der Kriegspropaganda. Der erst vor drei Wochen gegründeten Organisation mit der couragierten Soziologin Natasa Kondic an der Spitze gehören auch die bei uns bereits bekannten Menschenrechtskämpferinnen Sanja Lih und Vera Rakic an. Sie hat Kontakte zu einer ähnlichen Gruppierung in Kasovo, wogegen der Kontakt nach Kroatien erst wieder geknüpft werden muß. Vielleicht ist auch hier eine Dreiecksverbindung über das westliche Ausland möglich.

## Serbisch-orthodoxe Kirche leugnet

Die beiden Politikerinnen und wir drei kirchlichen Frauen wurden während fast zwei Stunden von Patriarch Pavle und fünf Metropoliten der serbisch-orthodoxen Kirche während ihrer außerordentlichen Bischofssynode empfangen und konnten unser Anliegen in aller Ausführlichkeit darstellen: nämlich die Bitte, daß die Kirche ihre geistliche Autorität zum Tragen bringe, um die Vergewaltigungen zu verurteilen. Wir versuchten, möglichst offen und unparteiisch zu sprechen und nicht die serbische Seite einseitig anzuklagen. Aber außer beim Patriarchen selber – der sichtlich betroffen war vom Leiden der Frauen und nach der Wahrheit sucht, und beim Metropoliten Irenös von Novi Sad war die Reaktion defensiv. Es wurde abgestritten, daß auf serbischer Seite solche Verbrechen vorkommen könnten. Metropolitan Nikolai von Sarajewo dementierte ausdrücklich, er habe die Zahl von 30 000 vergewaltigten muslimischen Frauen bestätigt (vgl. JK 12/92, S. 711). Offenbar ist er hier für eine Äußerung des muslimischen Führers von Sarajewo in Anspruch genommen worden. Dagegen hörten wir von den gleichen Übergriffen durch Muslime und Kroaten. Die offizielle Erklärung der Bischofssynode, die tags darauf herausgegeben wurde, spricht davon, daß die Behauptung der Massenvergewaltigungen eine üble Medienkampagne sei, um das serbische Volk zu desavouieren.

Wir hatten gehofft, daß die Kirchenführer, die uns so lange zugehört hatten, ein Wort finden würden, das die Leiden der Frauen erst nimmt und die ihnen angetane Gewalt – gleichgültig auf welcher Seite sie geschieht – verurteilt. Wir hatten auf ehrliche Selbstkritik und auf ein heilendes Wort gehofft.

Aber wir werden nicht aufgeben und werden weiterhin versuchen, die Kirchen von ihrer Verantwortung zu überzeugen. Auch hier geht es darum, die Kräfte innerhalb der Kirche zu stärken, die offen sind und das Anliegen wahrnehmen. Das, denke ich, ist eine ökumenische Geschwisterpflicht.

Dieserbisch-orthodoxe Bischofssynode hat die Kirchen der Ökumene am 23. Dezember zu einem Bittgebet für die Opfer des Krieges aufgerufen. Wir beteiligten uns daran mit Klagegottesdiensten in vielen Städten. Wir beten für alle vergewaltigten Frauen dieses Krieges, gleichgültig welcher ethnischen Gruppe, um Heilung und Frieden.

### **Was wir tun können**

Die „Frauen in Schwarz“ stehen jeden Mittwoch schweigend zusammen in Belgrads Straßen: für den Frieden, für die Flüchtlinge, für die Frauen in ihrer Not. Wenn in allen Städten bei uns auch Frauen am Mittwoch für einige Zeit in Schwarz schweigend Mahnwache halten würden, könnte daraus eine symbolische Friedenskette durch Europa entstehen. Ich glaube, uns würde daraus sehr viel Kraft erwachsen, die wir für die politischen und sozialen Aktionen brauchen, die außerdem notwendig sind.

Nach all dem Erlebten und Gehörten sehe ich für uns unmittelbar vier solcher Handlungsmöglichkeiten: Wir sollten uns erstens möglichst breiten der oben beschriebenen Kampagne der UNO beteiligen. Wir sollten zweitens hier bei uns für eine möglichst objektive Information sorgen und nicht einseitig nur Serbien beschuldigen. Drittens müssen wir alle Wege erkunden, wie wir in Serbien und den anderen Staaten diese ehemaligen Jugoslawien den Friedenskräften und den Frauengruppen den Rücken stärken können. Selbst hinfahren ist sehr wichtig, wenn die Reise gut geplant wird. Und wer sich drei Wochen zur Verfügung stellen kann, um in den Flüchtlingslagern zu helfen, wozu der Bund für Soziale Verteidigung in Minden und andere in Zusammenarbeit mit den kroatischen Partnern aufgerufen haben, wird einen unschätzbaren Dienst tun. Viertens schließlich können wir versuchen, betroffenen Frauen bei uns die Aufnahme zu ermöglichen und bei der Schaffung von Auffangstellen zu helfen. Das verlangt Phantasie und Einsatz und die Hoffnung, den Frauen zu ihrer Heilung helfen und den Kindern, die unter so schlimmen Umständen gezeugt wurden, ein erfülltes Leben ermöglichen zu können. Die Frauen-Brücken nach dem ehemaligen Jugoslawien werden und können Brücken der Hoffnung sein.

*Elisabeth Raiser, Dr-Kolbe-Straße 13, 5810 Witten*

---